

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIV/17

Bonn, den 24. Januar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Das Obrigkeitliche wurde erkannt</u> Zu Eugen Gerstenmaiers Rücktritt Von Fritz Sänger, KdB	81
2 - 3	<u>Das zweite Jahrhundert der Gewerkschaften</u> Zur Feier des 100-jährigen Bestehens der Freien Deutschen Gewerkschaftsbewegung am 27. Januar 1969 in Berlin	59
4 - 5	<u>Wird das griechische Militärregime ausgeschlossen?</u> Entscheidende Debatte des Europarates am 30. Januar Von Dr. Basil Mathiopoulos	67

Das Obrigkeitliche wurde erkannt  
-----

Zu Eugen Gerstenmaiers Rücktritt

Von Fritz Sänger, MdB

Am 31. Januar 1969 wird in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus zum ersten Mal, wenn wir nicht irren, ein Präsident aus eigener Entscheidung und in eigener Sache von seinem hohen Amt zurücktreten. Dr. Dr. Eugen Gerstenmaier hat die Konsequenzen aus seiner Haltung gezogen, die von allen Seiten mißbilligt bis verurteilt wurde. Manche Kritiker handelten freilich nach dem Wort des einstigen Liberalen Eugen Richter, das vor mehr als einhundert Jahren gesprochen wurde: "Ich kenne die Maßnahmen der Staatsregierung nicht, aber ich mißbillige sie". Sie mißbilligten und wußten nichts von den Tatsachen, mit denen sie eine Mißbilligung oder Verurteilung hätten begründen müssen. "Die ganze Richtung paßte nicht", um ein anderes, bald nach Richter gesprochenes und viel benutztes Zitat hinzuzufügen.

Die Sozialdemokraten haben sich ihre Meinungsbildung nicht leicht gemacht. Sie haben die persönlichen Akten des scheidenden Präsidenten gelesen (die dieser bereitwillig zur Verfügung stellte), dann die Akten des Bundesministers des Inneren; sie hrten die Bandaufnahme der Auskufte, die Gerstenmaier am 13. Januar 1969 vor der Presse gegeben hatte; sie sprachen mit Beamten, Abgeordneten und Journalisten, mit dem Anwalt des Präsidenten und mit ihm selber. Die Sozialdemokraten möchten niemals jemand verurteilen, "sie hätten ihn denn", was heißt: Sie hätten ihn in seinen Handlungen oder Unterlassungen beweiskräftig erkannt.

Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages haben Gerstenmaier bestätigt, daß er weder das Gesetz verletzt noch versucht habe, dies zu tun, daß er sich nicht bereichert habe, sondern beantrage und entgegennehme, was das Gesetz ihm zustand. Von rechtlicher Ausgangsbasis her ist ihm kein Vorwurf gemacht worden. Es waren nicht Fragen des Rechts, sondern des Stils, die sich erhoben hatten.

Die Akten haben bewiesen, daß der antretende Präsident des Deut-

schen Bundestages in der Zeit des Zustandekommens des Gesetzes nicht die Grenzen gewahrt hat, die ihm nun einmal besonders eng gezogen werden müssen. Er hat Briefe geschrieben und Notizen angefertigt und sie nicht nur seinen Anwälten zugeleitet, was sein Recht gewesen wäre, sondern auch dem Bundesminister, der als zuständiger Ressortchef den Entwurf des Gesetzes und später seine Anwendung zu überwachen oder zu betreiben hätte. Er hat in der eigenen Sache schriftlich und mündlich mit den Abgeordneten Fühlung genommen, die im Bundestagsausschuß die Gesetzestexte formulieren. Sie haben sich nicht beeindrucken lassen. Das Gesetz hat die Anregungen Gerstenmaiers nicht aufgenommen. Hier aber ist in einem ganz besonderen Maße der "Versuch strafbar".

Dies war es, was in unvorsichtigen, unkontrollierten, mißdeuteten und unrichtigen Angaben erkennbar wurde und zunächst die Hörer (Pressekonferenz) und dann die öffentliche Meinung in einer bisher kaum gekannten einheitlichen Tendenz aufbegehren ließ. Das war genau die "Richtung", die seit langem schon Gegenstand der zunehmenden Kritik souveräner Bürger dieses Landes ist: das Obrigkeitliche in den Funktionsträgern, der Mangel an klarem Bewußtsein, daß ein Mandatsträger wohl eine größere Pflicht, aber kein größeres Recht hat als der Bürger, vielleicht gar in mancher Beziehung ein geringeres. Die Haltung eines Gewählten muß dieser Einsicht entsprechen, wenn er bestehen will. Je höher sein Amt, desto höher die Grenzen, nicht umgekehrt.

Unverzeihlich fanden nahezu alle Schreiber der bisher ungezählten Briefe, die uns erreichten, Gerstenmaiers Äußerungen über diesen unseren Staat. Nach einer Zeit des Unrechts und des Verbrechenens ohnegleicher haben alle demokratischen Parteien in der Bundesrepublik unter Mühen und Opfern einen Rechtsstaat aufzubauen begonnen, der gewiß noch nicht vollkommen ist. Gerstenmaier selbst steht als Politiker und als Präsident des Parlaments in besonders hoher Mitverantwortung für alles, was geschehen und was unterlassen worden ist. Das hat er viele Male betont und respektiert. In diesen Wochen und Tagen äußerte er sich aber in einer Weise, daß manche meinten, dies sei "ein anderer Gerstenmaier" und fragten, welches der richtige sei.

Das Vertrauen schwand in rasantem Tempo. Das "Kreuzige" gelte durch das Land. Wenn wir doch lernen würden, daß wir den Menschen, die handeln und verantworten müssen, weder ein Hosianna noch ein Kreuzige zuzurufen berechtigt sind! Wohl aber sind wir verpflichtet zu ständiger Wachsamkeit, zu offener, begründeter, redlicher Kritik und bleiben verpflichtet zu festem Willen, das erkannte Richtige zu tun.

Die Sozialdemokraten haben geprüft und gefunden, daß D. Dr. Eugen Gerstenmaier, dem sie den Respekt über seine Haltung gegen den Terror des Hitlerregimes ausdrücklich bezeugten, seine Aufgabe als Präsident des Bundestages nicht mehr zu erfüllen vermag, die Aufgabe, durch Zurückhaltung und durch Überlegenheit ausgleichend, führend und repräsentativ für die Volksvertretung zu wirken. Dieser Vorgang, mit dem Namen Gerstenmaier verbunden, ist kein Zeichen einer Krise des Parlaments oder gar des Parlamentarismus, sondern ein Beweis der Kraft, sich selbst zu erkennen.

### Das zweite Jahrhundert der Gewerkschaften

Zur Feier des 100-jährigen Bestehens der Freien  
Deutschen Gewerkschaftsbewegung am 27. Januar 1969 in Berlin

sp - Der DGB wird am 27. Januar 1969 in Berlin des 100-jährigen Bestehens der deutschen Gewerkschaftsbewegung gedenken. Hierbei soll auch der Blick auf die Aufgaben der deutschen Gewerkschaftsbewegung im zweiten Jahrhundert ihres Bestehens gerichtet sein.

Mit Stolz können die in den Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer auf die Vergangenheit blicken und mit Zuversicht dürfen sie jene Aufgaben in Angriff nehmen, die vor ihnen liegen.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist nach jahrzehntelangen Kämpfen zu einem der solidesten Fundamente der deutschen Demokratie geworden. Im Kampf um die Sicherung und Erhaltung der Würde des Menschen haben sich die organisierten Arbeitnehmer einen Platz in der demokratischen Gesellschaft errungen, den ihnen heute niemand mehr streitig machen kann.

Der deutsche Arbeitnehmer verdankt seinen Gewerkschaften sehr viel. Jeder Fortschritt wurde in harten Auseinandersetzungen mit den Kräften des Rückschritts und der Beharrung errungen. Vor Jahrzehnten waren diese Kämpfe unerbittlich. Wer sich zur Gewerkschaft bekannte, mußte mit dem Verlust des Arbeitsplatzes und mit politischer Verfolgung rechnen.

Wenn die Gemeinschaft der organisierten Arbeitnehmer sich trotzdem durchsetzen konnte, so ist dies ein Beweis dafür, daß es bei der Gewerkschaftsarbeit nicht nur um die Erringung materieller Güter für den einzelnen Arbeitnehmer geht. Das größte Ziel der Gewerkschaften war und bleibt immer die Gleichberechtigung des arbeitenden Menschen in der Gesellschaft. Wären die deutschen Gewerkschaften in der Vergangenheit nur Organisationen zur Erringung materieller Vorteile für den einzelnen gewesen, hätten sie nie jene Bedeutung in Staat und Gesellschaft erlangt, die ihnen

heute zukommt. Die Stürme der Geschichte hätten sicher auch die Gewerkschaften, wie viele andere Organisationen, deren Ziele nur in der Erringung materieller Güter bestanden, hinweggefegt.

Die Gewerkschaften sind nach dem Zweiten Weltkrieg im freien Teil Deutschlands zu einer Schule der Nation geworden. Aus ihren Reihen sind Frauen und Männer hervorgegangen, deren Wissen um die Zusammenhänge in der Wirtschaft ein wichtiger Bestandteil der grossen Leistung unseres Volkes beim Wiederaufbau geworden ist. Wenn man sich heute im Ausland darüber wundert, daß der deutsche Arbeitnehmer auch ohne ständige Massenstreiks einen immer größeren Anteil am Sozialprodukt erringen kann, dann ist dies zu einem wesentlichen Teil auf die kontinuierliche, zielstrebige und auch wissenschaftlich fundierte Arbeit der Gewerkschaften zurückzuführen. Die Bildungsarbeit der deutschen Gewerkschaften ist in vielen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens spürbar. Die Ergebnisse dieser Arbeit können die Gewerkschaften mit Stolz erfüllen.

Die deutschen Gewerkschaften ruhen sich aber nicht auf ihren Erfolgen aus. Sie sind und bleiben das vorwärtsdrängende Element im demokratischen Staat. In völliger Unabhängigkeit von den politischen Parteien sind und bleiben sie entscheidend für die große Aufgabe des Wegräumens von überholten Privilegien und Rückständen der Vergangenheit. Die Gewerkschaften wollen, daß der arbeitende Mensch im besten Sinne des Wortes ein Staatsbürger ist, der seine Rechte und Pflichten wahrnimmt und ständig bemüht bleibt, ein Vorbild zu sein.

Aus diesem Grunde begnügen sich die Gewerkschaften nicht mit der Bejahung des demokratischen Staates; sie sind bereit, ihn zu verteidigen und vor Gefahren - ganz gleich, von welcher Seite diese kommen mögen - zu schützen. Wir sind sicher, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund gerade in Berlin vor dem deutschen Volk und vor aller Welt diese seine Ziele und Aufgaben mit Nachdruck darstellen wird.

+

+

Wird das griechische Militärregime ausgeschlossen?

Entscheidende Debatte des Europarates am 30. Januar

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Am 30. Januar wird der Europarat in Straßburg nach einer ausführlichen Debatte mit einer Abstimmung des Plenums darüber entscheiden, ob das griechische Militärregime aus der Organisation ausgeschlossen werden soll. Denn die Frist, die man Athen für die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse eingeräumt hatte, ist verstrichen, und noch immer gibt es keine Anzeichen dafür, daß die Militärs ihre Versprechungen wahrmachen und den parlamentarischen Rechtsstaat wieder einführen wollen. Noch immer herrscht in Griechenland der Ausnahmezustand, der den Machthabern die schlimmsten Willkürakte erlaubt.

Wie sie davon Gebrauch machen, zeigt unter anderem der erschreckende Bericht der Organisation Amnesty International, die im vergangenen Jahr im Auftrag des Europarates die Praktiken des griechischen Sicherheitsdienstes und die Zustände in den griechischen Gefängnissen untersucht hat. Auf Grund dieses Berichtes, der von dem britischen Rechtsanwalt Antony Marreco und seinem amerikanischen Kollegen James Becket verfaßt und am 27. Januar 1968 veröffentlicht wurde, haben Schweden, Norwegen, Dänemark und die Niederlande vor der Kommission für Menschenrechte des Europarates Anklage gegen das griechische Militärregime erhoben. Es wird beschuldigt, durch die Folterung politischer Gefangener gegen die Europäische Konvention von Rom (1950) der Menschenrechte zu verstossen, die Griechenland 1953 mit unterzeichnet hat. Nachdem die Kommission im November und Dezember vergangenen Jahres Zeugen beider Seiten zu dieser Anklage gehört hat, will sie nunmehr am 16. Februar nach Griechenland reisen, um sich an Ort und Stelle über die Zustände zu informieren. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß ihr die Athener Regierung die Einreise verweigern wird. Erst kürzlich hinderte sie den vom Europarat abgesandten holländischen Abgeordneten van der Stoel am Betreten des Landes und erklärte ihn zur "persona non grata".

Auf Grund aller dieser Tatsachen stellt sich die Frage, ob das griechische Militärregime weiter Mitglied im Europarat bleiben kann,

einer Institution, die die Grundsätze der freiheitlichen westlichen Demokratie verkörpert und die Aufgabe hat, über ihre Einhaltung wenigstens bei ihren Mitgliedsländern zu wachen. Die europäischen Parlamentarier können die krasse Verletzung dieser Grundsätze durch das Athener Regime nicht hinnehmen, ohne das Ansehen des Europarates und die Glaubwürdigkeit der westlichen Demokratien schwer zu erschüttern.

Die Delegationen der einzelnen Länder im Europarat haben schon Verhandlungen über ihre Haltung bei der Abstimmung am 30. Januar geführt. Die Außenminister Schwedens und der Niederlande, Nilson und Luns, wandten sich an ihren britischen Kollegen Stewart und baten ihn, ihre Bemühungen um den Ausschluß Griechenlands zu unterstützen. Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hatten schon im Jahre 1967 eindeutig gegen das Athener Regime Stellung genommen. In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Tatsache an Bedeutung, daß am 10. Januar dieses Jahres das Büro der Sozialistischen Internationale in London unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Pittermann Vorbereitungen für eine gemeinsame Aktion sozialdemokratischer Abgeordneter im Europarat für den Ausschluß des diktatorischen Regimes in Athen getroffen hat. Der österreichische Abgeordnete Karl Czernetz erinnerte in seinem Bericht daran, daß die Beratende Versammlung Anfang 1968 den Ausschluß Athens für den Fall angedroht hatte, daß die demokratischen Verhältnisse bis zum Beginn der diesjährigen Frühjahrssession des Europarates nicht wieder hergestellt seien. Die Vertreter Hollands und Belgiens im Büro der Sozialistischen Internationale erklärten bei dieser Beratung in London, daß die Regierungen ihrer Länder den Ausschluß Athens unterstützen werden.

Unterdessen ergeht sich die regierungstreue Presse in Griechenland - eine andere gibt es dort nicht mehr - in wilden Beschimpfungen des Europarates. Er wird ein "lächerliches Kaffeehaus" genannt, sein Plenums-Präsident Sir Geoffrey de Freitas wird als "Schweinehirt" bezeichnet und der stellvertretende Ministerpräsident Pattakos erklärte, daß die Ermittlungen des Europarates die griechische Regierung nicht mehr störten, als "einen Ochsens eine Mücke auf seinem Horn". Im Zusammenhang damit wurde in Athen auch angedeutet, Griechenland könne freiwillig dieses "unbedeutende Gremium" verlassen. Ein solcher Schritt würde aber die Niederlage des Regimes nicht verdecken und nur bestätigen, daß die Athener Militärs in der Tat nichts mit den demokratischen Prinzipien des Europarates gemein haben.